

Nein zur Minarettinitiative

Die EVP will keine Minarette und begrüsst auch nicht eine Ausbreitung des Islams. Dennoch lehnt sie die Minarettinitiative aus den folgenden Gründen ab:

- **Die Initiative löst das Problem nicht.** In der Schweiz lebt nun mal eine bestimmte Anzahl Muslime. Diese Menschen sind hier und sie werden hier bleiben. Diese Frauen und Männer müssen sich integrieren und unsere Rechtsordnung beachten. Dazu trägt die Initiative nichts bei.
- **Sie tangiert die Religionsfreiheit und verletzt den Grundsatz der Gleichbehandlung.** Man kann nicht *einer* Religionsgemeinschaft *ein* Bauwerk verbieten und so die Muslime bei der Religionsfreiheit einfach ausklammern.
- **Reine Symptombekämpfung.** Die Minarette sind ein sichtbares Zeichen des Islams in der Schweiz. Doch wir beseitigen den Eisberg nicht, wenn wir den obersten Teil entfernen. Dinge unter der Oberfläche wie Zwangsehen, die in den Moscheen und Kulturzentren vermittelten Botschaften oder das Konversionsverbot tragen viel mehr zu einer Islamisierung bei.
- **Die Initiative haut den Sack und meint den Esel.** Wer keine Muslime will oder sie für nicht integrationsfähig hält, muss sie ausweisen und nicht die Minarette verbieten. Die Initiative löst keines der Probleme, die zu ihrer Begründung angeführt werden: weder wird der Ausländeranteil begrenzt, noch wird die Scharia verhindert, noch wird die Ausbreitung des Islams gebremst.
- **Sie gefährdet den religiösen Frieden.** Die Schweiz konnte nach jahrhundertelangen Auseinandersetzungen zwischen den Konfessionen den Religionsfrieden dadurch sichern, dass sie allen die Freiheit garantiert, ihren Glauben zu wählen, auszuüben, mit anderen zu teilen und auch zu wechseln. Diese Errungenschaft will die EVP nicht aufgeben.
- **Wettbewerb der Religionen:** Für die EVP ist die multireligiöse Gesellschaft eine Tatsache und keine Option. Daher muss im Sinne der Religions-, der Versammlungs- und der Meinungsäusserungsfreiheit die „religiöse Marktwirtschaft“ möglich sein. Religion ist Glaubenssache, entsprechend muss das Individuum frei nach seinem Gewissen entscheiden können. Grenzen sind dort gesetzt, wo wider Verfassung oder Gesetze gehandelt wird.
- **Die Initiative spielt mit dem Feuer** und polarisiert unnötig. Provokation kann nicht der Weg zu einem friedlichen Miteinander sein. Wenn wir Muslime ausgrenzen, droht der Rückzug auf eine kulturelle Insel, eine stärkere Rückbesinnung auf die islamische Religiosität oder im schlimmsten Fall eine Radikalisierung.
- **Sie stellt Muslime unter Generalverdacht.** Die Initiative unterstellt, Minarette würden generell den öffentlichen Frieden gefährden. Das Minarettverbot soll unmittelbar nach Art. 72 Abs. 2 der Bundesverfassung eingefügt werden, wonach Bund und Kantone Massnahmen zur Wahrung des öffentlichen Friedens zwischen den Religionsgemeinschaften treffen können. Diese dürfen nur dann ergriffen werden, wenn ernsthafte Anzeichen dafür bestehen, dass der öffentliche Frieden gefährdet werden könnte oder bereits gestört worden ist. Doch in Zürich Hirslanden steht seit Jahrzehnten ein Minarett und nie ist auch nur der bescheidenste Anhaltspunkt aufgetaucht, wonach eine Störung oder Gefährdung des öffentlichen Friedens erfolgt wäre.
- **Nicht den Ast ansägen, auf dem wir selber sitzen:** Einschränkungen von Minderheiten werden sich irgendwann gegen die Christen wenden (vgl. Debatte um christliche Lehrkräfte, Kreuze im öffentlichen Raum, usw.).
- **Minarette nicht überbewerten:** Erst mit der Erwähnung in der Bundesverfassung bekommt das Minarett seinen religiösen Charakter, den die Initianten gleichzeitig in Abrede stellen.
- **Bauvorschriften gehören nicht in die Verfassung.** Zuständig sind die kommunalen Baubehörden. Minarette haben sich der bestehenden Bauordnung unterzuordnen und müssen im Einzelfall beurteilt werden.

Forderungen an die in der Schweiz lebenden Muslime:

- **Grundbereitschaft zur Integration:** Eine Grundbereitschaft zur Integration muss vorhanden sein. Muslime in der Schweiz müssen eine Landessprache erlernen.
- **Bundesverfassung durchsetzen:** Wir erwarten, dass sich die Muslime in der Schweiz klar von islamistischen Gruppen distanzieren. Das muss sicht- und hörbar sein.
- **Religionsfreiheit für alle:** Muslime in der Schweiz müssen anerkennen, dass die Religionsfreiheit auch für Menschen gilt, die sich vom Islam ab- und einer anderen Religion zuwenden wollen.

- **Gegenrecht einfordern:** Wir erwarten, dass sich die Muslime in der Schweiz für die Religionsfreiheit in ihren Herkunftsländern einsetzen.
- **Fingerspitzengefühl zeigen:** Wir erwarten von den Muslimen, dass sie auf Minarette verzichten, wo diese bei der lokalen Bevölkerung auf starken Widerstand stossen.
- **Keine Salamtaktik:** Gerade bei der Minarettfrage ist es sehr verwirrend, wenn die Muslime auf der einen Seite betonen, ein Minarett sei nicht zwingend nötig und dann auf der anderen Seite doch nicht darauf verzichten können und wollen.

Politische Forderungen der EVP anstelle der Initiative

- **Auf unsere Werte verpflichten:** Zugewanderte müssen auf unsere gesellschaftlichen Grundwerte verpflichtet werden. Wer in der Schweiz leben will, muss beispielsweise die Toleranz gegenüber Andersgläubigen oder die Gleichwertigkeit der Geschlechter respektieren.
- **Keine Parallelgesellschaften.** Gerade das muss unbedingt vermieden werden: eine muslimische Gesellschaft in der Schweiz, die nach eigenen Regeln und Gesetzen funktioniert.
- **Die Rechtsordnung durchsetzen:** Gewaltaufrufe, Zwangsheiraten, Mädchenbeschneidungen, die Unterdrückung der Frau oder gar die Anwendung der Scharia werden nicht toleriert.
- **Verfassung anerkennen:** Alle muslimischen Organisationen in der Schweiz müssen sich in einer Grundsatzerklärung zur Verfassung bekennen und damit die beidseitige Religionsfreiheit anerkennen. Diese Erklärung muss in einer Schweizer Landessprache, Arabisch und der Sprache der jeweiligen Gemeinschaft gut sichtbar im Eingangsbereich der Gebetsräume und Kulturzentren angebracht werden.
- **Integrationsziele vereinbaren:** Wer sich in der Schweiz niederlassen will, muss entweder Sprachkurse besuchen, in denen auch über die ethischen Grundwerte, Rechte und Pflichten in der Schweiz informiert wird, oder entsprechende Kenntnisse belegen.
- **Verantwortungsträgern den Rücken stärken:** Das gilt vor allem für die Lehrerinnen und Lehrer. Elternabende oder -gespräche, Schwimmunterricht und Klassenlager sind für alle obligatorisch.
- **Muslimischen Geistlichen über die Schultern schauen:** Imame müssen eine Landessprache beherrschen und zumindest einen Teil ihrer Ausbildung in der Schweiz absolvieren.
- **Botschaften in Moscheen und Kulturzentren überwachen:** Wenn der Staat hier nicht Rahmenbedingungen setzt und ihre Einhaltung überwacht, hat er bereits verloren.
- **Gegenrecht einfordern:** Wir erwarten, dass sich die offizielle Schweiz vehement für die Religionsfreiheit in muslimischen Staaten einsetzt.

Zum Umgang mit dem Islam in der Schweiz

- **Uneinheitlich:** Nur etwa 20% der hier lebenden Muslime sind praktizierend. Die grosse Mehrheit der Muslime möchte hier leben und arbeiten und ist an religiösen Fragen und Bauten höchstens sekundär interessiert. Entsprechend unterschiedlich muss mit dem Islam in der Schweiz umgegangen werden:
 - **Extremisten ausweisen** und den politischen Islam unterbinden. Wer Hass predigt, hat in der Schweiz nichts zu suchen. Wir weichen kein Jota von der Bundesverfassung ab.
 - **Praktizierenden Muslimen auf der verpflichtenden Grundlage der Verfassung Freiheit geben** und den Rückzug in eine versteckte Parallelgesellschaft verhindern.
 - **Passive Muslime nicht radikalieren** und durch übertriebenes Verhalten auf ihre Wurzeln zurückdrängen.
- **Begegnungen ermöglichen:** Ohne persönliche Begegnungen mit den Migrantinnen und Migranten geht es nicht. Sie sind das beste Mittel zur Integration. Das ist anstrengend und bedeutet Arbeit. Doch Integration ergibt sich nicht quasi per Fernbedienung mit einem Minarettverbot in der Bundesverfassung.
- **Unseren Glauben und unsere christlich-abendländische Kultur leben.** Ein überzeugend gelebtes Christentum schlägt jedes Minarett. Andererseits wird das Christentum nicht stärker, nur weil wir Minarette verbieten, und es wird wohl eher schwieriger werden, Muslimen den christlichen Glauben näher zu bringen.

Die EVP will keine Minarette. Sie ist jedoch gegen ein Minarettverbot, weil andere Fragen viel wichtiger sind und im Vordergrund stehen sollten.